

## ***Modul Nationalstaatsgrenzen***

### **Zitate von Jan Riber Jakobsen, Bürgermeister in Aabenraa/Apenrade**

#### **Schattenwirkungen/indirekte Auswirkungen der Grenzkontrollen**

**Jan Riber Jakobsen:** Wir sind vier Kommunen in Sønderjylland. Schleswig-Holstein hat über tausend. Ihre Kommunen sind noch von vor der dänischen Reform in den 1970ern. Ihr politisches System ist also ganz anders als das in Dänemark. Und das hat vor der Kommunalreform mit den kleinen Kommunen tatsächlich gut funktioniert, als die Aufgabenprofile ähnlicher waren. Aber mit den neuen Großkommunen, die wir jetzt haben, sind die Aufgabe vielfältiger geworden. Wenn wir also beispielsweise mit einem Oberbürgermeister in Deutschland reden, der ja ein Beamter ist – was unserem Kommunaldirektor entspricht –, so wird der politische Handlungsspielraum erschwert. Es gibt dort also einige Unterschiede, wo es richtig schwierig ist. Und wir sprechen oft über Grenzproblematiken, die eigentlich von Kiel, Berlin oder Kopenhagen gelöst werden sollten. Gute Nachbarschaft – wenn man zum Beispiel Windkraftanlagen errichtet, ist man durch die Espoo-Konvention verpflichtet, die Nachbarn zu informieren und Anhörungen durchzuführen. Und manchmal rutscht das einfach durch, was oft zu Verdruss bei den Bürgern führt, wenn sie sich nicht mit einbezogen oder informiert fühlen, auch wenn es um ein Projekt auf der anderen Seite der Grenzsteine geht. Wir haben Beispiele dafür, dass so etwas durch frühzeitige Einbeziehung gelöst werden kann, indem man einfach zum Hörer greift und auf der anderen Seite der Grenze anruft.

**Interviewer:** Da könnte man also sagen, dass es, mit Grenzkontrollen oder ohne, einige markante Grenzen gibt in der Weise, wie wir so jeweils unseren Nationalstaat strukturieren, dass es mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit richtig schwierig wird?

**Jan Riber Jakobsen:** Das muss gepflegt werden, das muss wirklich kultiviert werden. Wir haben einige gute Kooperationen im Kulturbereich und beim Arbeitsmarkt. Wir haben jede Menge Netzwerke. Aber es sind oft nur Festreden, wenn es um Ökonomie und Investitionen geht. In Apenrade haben wir Bäche, die nach Deutschland fließen. Wir hätten gern, dass es so ist wie in Tondern – also dieselbe Zusammenarbeit sollten wir mit den Deutschen haben. Aber wenn man unterschiedliche Systeme benutzt, kann das schwierig werden. Ich habe vor einigen Jahren hier im Stadtrat eine Untersuchung durchgeführt, wo ich gefragt habe, wie viele Kommunen wir als Nachbarn hätten. Es gab überraschend wenige, die die richtige Zahl nennen konnten. Es war klar, dass man Hadersleben, Sonderburg und Tondern als Nachbarn

hatte. Aber es gab einige, die fragten, ob Flensburg eine Nachbarkommune sei, aber das ist nicht unser Nachbar, jedenfalls nicht physisch. Flensburg liegt weiter im Land. Doch wir haben acht Nachbarkommunen südlich der Grenze. Und wie, wenn man in ein neues Wohnviertel zieht, ist es wichtig, dass man herumgeht und seine Nachbarn begrüßt und: „Hallo, hier sind wir“ sagt, und dann bekommt man diese Zusammenarbeit. Und hier ist es einfach umständlich, weil es zwei unterschiedliche Staaten sind. Das kann man also versuchen zu lösen und zu klären. Man sollte daran denken, dass es Leute gibt, die an der Grenze wohnen, also vielleicht zwei Kilometer weg von der Grenze, und die Familie auf der anderen Seite haben. Die denken nicht in Strukturen und Systemen, und für sie ist es wirklich eine Herausforderung, wenn jemand kommt und sagt: „Jetzt machen wir die Grenze zu“. Wenn man eine Grenze haben könnte, wie man zur See hat... Da gibt es ja keine Pfeiler oder irgendeinen Zaun oder so. Damit kommt man in Dänemark gut zurecht. So sollte man es auch mit der Landesgrenze machen.

### **Christiansborg fasst Beschlüsse weit weg vom Alltag im Grenzland + unterschiedliche Behandlung von Öresundregion und Grenzland**

**Jan Riber Jakobsen:** Es ist eine nationale Tagesordnung, die da läuft. Wir sprechen ja nur über den Alltag, also wie wir den Alltag erleben. Wir werden so stark davon getroffen, wenn der Staat strukturelle Veränderungen vornimmt. In unserer Kommune können wir das wirklich sehen. In Pattburg gab es 600 staatliche Arbeitsplätze bei der Dänischen Staatsbahn, und dann zentralisiert man und alles wird in Richtung der großen Städte verlagert. Aber es sind ja nur 600 Familien betroffen. Das ist ja nur ein Zehntel der Menschen in dieser Stadt. Sie leiden einfach darunter, dass man in Christiansborg beschlossen hat, dass zentralisiert werden soll. Dann vergehen 15 Jahre, und dann dezentralisiert man, aber es kommt nicht einfach zum selben Ort zurück. So positiv es war, als die Grenze nach unten verschoben wurde und viele neue Familien kamen, desto schlimmer ist es, wenn sie aus verschiedenen Gründen wieder weggeholt werden. Es hat also schnell drastische Konsequenzen, wenn man in Christiansborg solche Beschlüsse fasst.

Im öffentlichen Verkehr sind grenzüberschreitende Zugverbindungen unglaublich wichtig für uns und für die 12.000 Pendler, die jeden einzelnen Tag die Grenze zu und von ihrem Arbeitsplatz überqueren. Es ist ziemlich wichtig, dass wir auch grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr haben. Und da erfahre ich jetzt, dass Deutschland hoch nach Dänemark fahren soll, bis Tingleff, und dort kann man dann in einen InterCity umsteigen. Das würde bedeuten, dass Pattburg nicht wie früher von der Staatsbahn bedient wird. Das bedeutet weniger Zugabfahrten. Ich vermisse in Christiansborg die Sensibilität bezüglich des gemeinsamen, grenzüberschreitenden Verkehrs. Wir haben ja acht Nachbarkommunen

südlich der Grenze, und wir haben Anwohner in einem Umkreis um uns herum. Also solche Strukturen, dass man nicht frei zugänglich über die Grenze kommt, das verhindert einfach die Entwicklung in unserer Region. Viele von denen, die in unserer Kommune arbeiten, kommen aus dem Süden. Die wohnen einfach auf der falschen Seite des Strichs, kann man sagen. Und so wird Sønderjylland wieder und wieder vergessen. Sie treffen Regelungen in der Öresundregion, die hier unten überhaupt keinen Sinn ergeben. Ein Beispiel dafür ist, dass Du ja Steuern in der Kommune zahlst, in der Du arbeitest. Und in der Öresundregion hat man den Beschluss gefasst, dass wenn man in Schweden wohnt und in Kopenhagen arbeitet, dann darf man auch an manchen Tagen von Schweden aus arbeiten. Das kannst du so nicht in Sønderjylland. Wir haben hier richtig viele, wo die Mitarbeiter sagen, dass sie gerne von zuhause arbeiten würden. Das können sie auch, aber das Problem sind die Steuern. Du brauchst dann einen Wirtschaftsprüfer, und das Unternehmen muss jedes Jahr eine Prüfung durchführen und diese einreichen. Anstatt einfach zu sagen: Das ist in Ordnung, dass du so und so oft im Jahr von zuhause aus arbeitest, oder so wie es passt. Aber die Steuern gehören einfach dorthin, wo du arbeitest. Das ist also etwas von dem, was wir thematisieren wollen. Aber es ist einfach merkwürdig, dass man Sønderjylland nicht mitdenkt, wenn man über den Öresund und Schweden nachdenkt. Es ist wohl irgendwie das gleiche.

### **Rasmus Andresen, die Grünen, Mitglied des EU-Parlaments**

**Interviewer: Haben die Grenzkontrollen Konsequenzen gehabt und können sie gemessen werden oder ist die Wirkung eher indirekt?**

**Rasmus Andresen:** Ich will sagen: beides. Ich selbst denke, dass es in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hinsichtlich der Krankenhäuser und Krankenwagen in den letzten Jahren Rückschritte gegeben hat. Die Universitätskooperation stand oft unter Druck. Man kann gut dafür argumentieren, dass es einige konkrete Gründe dafür gibt, also in Bezug auf die weiterführenden Ausbildungen, sowohl in Christiansborg als auch in Kiel. Aber das ist doch auch etwas, das ineinandergreift. Wenn man das Grenzland und die Grenze als Problem betrachtet, dann wird man Kontrollen benötigen oder einen Wildschweinzaun zum Schutz. Es gibt also einen Zusammenhang damit, dass man gar nicht sonderlich interessiert daran ist, grenzüberschreitende Projekte weiterzuentwickeln. Das ist auf jeden Fall nicht das (wie wir es erleben), womit die dänische Regierung beschäftigt ist. Man (also die Regierung) könnte das vielleicht schon, aber dem liegt eine Denkweise zugrunde, die meiner Meinung nach sehr ausschlaggebend ist. Also selbst wenn vielleicht nicht so viele Projekte gestoppt werden, denke ich, dass das ein Gebiet ist, wo es sich nicht weiterentwickelt – auch wenn man das deutsch-dänische Grenzland mit Deutschlands anderen Grenzregionen vergleicht,

beispielsweise mit Frankreich, Polen oder Österreich, wo wir auch Grenzkontrollen haben, aber trotzdem dieselbe Sprache sprechen.

*Übersetzt von Ellen Sophie Beindorf*